



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/2 - 31. Juli 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Die Londoner Abrüstungsgespräche und der deutsche Wahltermin	S. 1
Proteste gegen "Nike"-Abschussbasen	S. 2
Ein politischer Mord und seine Folgen/Bericht aus den USA	S. 3
Die Schande der Friedhofsschändungen	S. 5
Freie Wahlen - je nach Wahl	S. 6
Pankows Filmoffensive	S. 7

Angst vor der Todesurkunde

ap - Ein verwirrendes Bild bietet die Londoner Abrüstungskonferenz. Der Widerstand gegen einen raschen Fortlauf der Verhandlungen geht heute von einigen westeuropäischen Regierungen aus. Sie fielen wiederholt Stasser in den Rücken, an ihrem Zögern liegt es, wenn der amerikanische Abrüstungsexperte Stasser bisher seine Pläne über die Schaffung von Inspektionszonen nicht vorlegen konnte.

An der Ernsthaftigkeit des amerikanischen Abrüstungswillens kann kein Zweifel bestehen. Die führenden Männer in den USA wissen, was beim Scheitern auf dem Spiele steht. Deshalb die Intervention Dulles', deshalb der Versuch, die widerstrebenden westlichen Bündnispartner doch noch auf Vordermann zu bringen.

Die amerikanische Abrüstungspolitik befindet sich allerdings in einem Dilemma. Einerseits drängt sie auf durch gegenseitige Konzessionen erreichbare positive Ergebnisse, andererseits ist sie in diesem Bemühen durch die Rücksichtnahme auf Dr. Adenauer gehemmt. Der 15. September geistert auch im Londoner Lancaster-Haus. Es ist kein Geheimnis geworden, dass der deutsche Bundeskanzler wiederholt negative Vorbehalte gegen die Schaffung einer europäischen Inspektionszone hat vortragen lassen. Sein Hauptargument, dadurch würde die deutsche Spaltung sanktioniert, indem man vielleicht auch Pankow zur Unterschrift heranziehen müsste, klingt gerade aus seinem Munde nicht überzeugend. Die Modalitäten einer Inspektion könnten und müssten im Rahmen der Verantwortung für Gesamtdeutschland erfolgen, zu der sich die Sieger des zweiten Weltkrieges ja immer noch bekennen.

Hinter den Einwänden Bonns steht ein ganz anderer Grund: Jede Unterschrift über die Bildung einer europäischen Inspektionszone wäre die Todesurkunde für jene "Politik der Stärke", zu der sich der Kanzler verpflichtet fühlt. Für alle sichtbar wäre damit der Zusammenbruch seiner bisherigen Außenpolitik gewissermassen amtlich besiegelt.

Auf der gleichen Linie liegt die von der SPD-Bundestagsfraktion genützte Haltung der Bundesregierung. Bonn verzichtet darauf, Einfluss bei der Überwindung von Schwierigkeiten in London zu nehmen. Für die deutsche Öffentlichkeit ist es freilich erschreckend, einen Mann an der Spitze der Bundesregierung zu wissen, der in Fragen von schicksalhafter Bedeutung seine parteipolitischen Überlegungen über das Gebot stellt, alles zu unterlassen, was sich als Hemmung bei den Abrüstungsverhandlungen erweisen muss, und alles zu tun, was sie fördern könnte. *** -2-

Städte wollen nicht Zielscheibe sein

sp - Mehrere westdeutsche Städte sind beunruhigt. Die Amerikaner haben im Stadtbereich der Städte Darmstadt und Mainz mit dem Bau von Abschussbasen für "Nike"-Raketen begonnen. Die Folge davon ist, dass die Oberbürgermeister aus allen Bevölkerungsschichten beschwörende Appelle erhalten, sie mögen doch ihre ganze Autorität einsetzen, um die Einrichtung der Abschussbasen in der Nähe der Stadt oder in der Stadt selbst zu verhindern. Im Mainzer Stadtrat hat die SPD-Fraktion vor kurzem in einem Dringlichkeitsantrag die Behandlung dieser Frage gefordert. CDU und FDP lehnten jedoch die Dringlichkeit ab, sodass der Fragenkomplex erst in einer der nächsten Stadtratssitzungen erörtert werden kann.

Der Oberbürgermeister von Darmstadt, Dr. Engel, protestierte in einem Schreiben an die hessische Landesregierung dagegen, dass die Amerikaner "über den Kopf der Stadt hinweg" mit dem Bau der Abschussbasen begonnen hätten. Für Darmstadt beängstigend ist die erschreckende Tatsache, dass die Abschussbasen in unmittelbarer Stadtnähe auf einem Sportplatz errichtet werden.

Mainz und Darmstadt wurden im zweiten Weltkrieg durch furchtbare Bombenangriffe zu 80 % zerstört. Die Bevölkerung dieser beiden Städte weiß also, was es im Ernstfalle bedeutet, wenn in ihrer unmittelbaren Nähe militärische Anlagen gebaut werden. Die Abschussbasen für Raketen und damit die Städte, in deren Nähe sie liegen, wären die ersten Zielscheiben der gegnerischen Seite bei einer gewaltsamen Auseinandersetzung in Europa. Bei der heutigen Entwicklung der Waffentechnik müsste die Bevölkerung, die in der Nähe von solchen "Zielscheiben" lebt, mit ihrer völligen Vernichtung rechnen. Dass Abschussbasen von "Nike"-Raketen etwa einen Schutz für diese Bevölkerung darstellen sollen, wagt niemand zu behaupten.

Es erhebt sich die Frage, ob die Bundesregierung durch die NATO-Verbindungsstellen in Paris über derartige Massnahmen unterrichtet wird und ob sie - falls sie unterrichtet wird - die Möglichkeit hat, gegen die Gefährdung unserer Städte durch den Bau von "Zielscheiben" mit Erfolg Einspruch zu erheben. Nach allem, was bisher bekannt geworden ist, scheint die Bundesregierung diese Möglichkeit nicht zu haben; anderenfalls wäre der Gedanke unvorstellbar, dass sie tatenlos zusieht, wenn die militärischen Einrichtungen der NATO jetzt sogar in die Städte verlegt werden. Sollte sie aber die Möglichkeit des Einspruchs haben und diesen nicht wahrnehmen, dann stehen wir vor der furchtbaren Tatsache, von einer Regierung vertreten zu werden, die den Schutz der deutschen Bevölkerung sträflich vernachlässigt.

Der Fall Galindez: Tragödie und Satyrspiel

New York, Ende Juli

Am 12. März 1956 verliess Professor Jesus de Galindez, Dozent an der New Yorker Columbia-Universität, Anti-Franco-Flüchtling aus Spanien und inoffizieller Beauftragter der katholischen "baskischen Exilregierung", die New Yorker Untergrundbahnstation auf dem Wege zu seiner Wohnung - und ward seither nicht mehr gesehen. Dieses spurlose Verschwinden eines politisch tätigen und nicht unumstrittenen Gelehrten, das naturgemäss den Verdacht nach einem an ihm vergangenen Verbrechen weckte, hat sich im Laufe der Zeit lawinenartig zu einem hoch politischen Kriminalfall aufgebauscht, an dem das State Department in Washington, eine mittelamerikanische Diktatur, die Demokratische Partei des Staates New York, ein Kongressabgeordneter und ein Haufen anderer Leute beteiligt sind, und das im Begriff steht, zur "Cause Célèbre Nummer Eins" des amerikanischen Kontinents zu werden. An alledem ist Raffael Trujillo schuld, der langjährige Diktator der kleinen karibischen Inselrepublik San Domingo.

Trujillo hat seine Anhänger, die behaupten, dass er seinem Lande viel geholfen habe, - aber auch sie geben im Übrigen zu, dass er sich nur mit Polizei und Armee im Sattel hält, die Opposition gnadenlos verfolgt und im Übrigen ein typisch lateinamerikanischer Gewaltherrscher ist. Professor Galindez nun hatte sich vor zwei Jahren längere Zeit in der dominikanischen Republik aufgehalten, um die dortigen Verhältnisse zu studieren; zur Zeit seines spurlosen Verschwindens schrieb er an einem Buch über die Diktatur Trujillo, das, wie er Freunden anvertraut hatte, stark kritisch werden würde. Es ist denkbar, wenn auch natürlich nicht bewiesen, dass Trujillo die Veröffentlichung eines vernichtenden Buches eines angesehenen spanischen Gelehrten fürchtete, - doppelt, weil ja Persönlichkeiten aus dem spanischen Mutterland in Lateinamerika höchst respektiert werden.

USA-Pilot ermordet

Galindez' Verschwinden regte zuerst nur die spanischen Emigranten in New York auf, dann auch eine Anzahl linksstehender Zeitungen und Politiker, und dann die New Yorker Polizei, die eine Untersuchung durchführte, allerdings ohne jedes Ergebnis. Wegen des denkbaren ausserpolitischen Hintergrundes wurde das State Department informiert, das aber zunächst natürlich nichts unternehmen konnte. Dann kam aber der Fall Murphy dazu: der Fall eines jungen amerikanischen Piloten namens Murphy, der bei der dominikanischen Luftfahrtlinie beschäftigt war. Murphy hatte am gleichen Tage, an dem Galindez verschwand, mit einem gemieteten Sportflugzeug in der Umgebung von New York zwei Passagiere aufgenommen, von denen einer ihm als "leidend" beschrieben wurde, nicht redete und vielleicht unter dem Mantel gefesselt war; Murphy brachte beide rätselhaften Passagiere auftragsgemäss nach San Domingo. Später sagte er, als man ihm Bilder von Galindez zeigte, er glaube, das sei sein "kranker" Passagier gewesen. Er sagte das aber nicht sehr oft - denn wenig später, am 3. Dezember 1956, verschwand auch Murphy spurlos.

Jetzt wurde die Sache dramatisch, denn Murphy hat Eltern in den

USA, die auf Nachforschungen nach seinem Verbleib drängten. Es kam so weit, dass Trujillos Regierung eine Erklärung abgab: jawohl Murphy sei in San Domingo ermordet worden, in einer Wirtshausschlägerei, von einem betrunkenen Co-Piloten namens Maza; dieser habe im Gefängnis ein schriftliches Geständnis abgelegt und dann Selbstmord verübt, und der "Fall Murphy" sei damit erledigt... Nun waren schon drei Leute tot, aber Trujillos Hoffnung, dass nunmehr alles begraben sei, half nichts.

State Department führt Untersuchung

Denn nun tritt Charles Porter auf den Plan. Porter, demokratischer Abgeordneter im amerikanischen Kongress, ist der Vertreter des Heimatwahlkreises der Familie Murphy und die unglücklichen Eltern des Jungen baten ihn, sich des Rätsels anzunehmen. Porter begann nun das State Department zu bestürmen - und dieses konnte nun, mit dem Tode eines amerikanischen Bürgers in San Domingo unter seltsamen Umständen, nicht mehr passiv bleiben. Es begann eine Untersuchung - und ersuchte die Regierung Trujillo, ihm dabei beihilflich zu sein; überdies startete Porter, der ein alter Lateinamerika-Experte und alter Gegner aller lateinamerikanischen Diktaturen ist, seine private eigene Untersuchung auf eigene Faust. Und State Department wie Porter fanden sehr bald eine ganze Menge interessanter Dinge heraus.

Erstens wurde, kaum fingen die Amerikaner an sich ernstlich für die Kettenreaktion des Falles Galindez-Murphy-Maza zu interessieren, der dominikanische Generalkonsul in New York in aller Eile plötzlich heringerufen - und er roistete so Hals über Kopf ab, dass niemand, nicht einmal die flinksten Reporter, ihn noch zu Gesicht bekam. Zweitens bekam das State Department Schriftproben des Piloten Maza in die Hände, der angeblich schriftlich gestanden hatte, Murphy umgebracht zu haben - und fand, dass dieses "Geständnis" und die echten Schriftproben Mazas von verschiedenen Personen hergerührt haben müssen. Und drittens blieb Trujillo auf die wiederholten und immer dringlicher werdenden Anfragen des State Department beharrlich schweigend - sodass amerikanische Parlamentarier und Zeitungen bereits vorschlugen, den ganzen Fall vor die "Vereinten Nationen" oder den Internationalen Gerichtshof im Haag zu bringen.

Dank der Öffentlichkeit

Denn mittlerweile war die Erregung in Amerika erheblich gestiegen, und die Öffentlichkeit, die sich zuerst um den verschwundenen spanischen Emigranten, der vielleicht sogar ein Mann der Linken oder gar äusserster Linker war, nicht sonderlich gekümmert hatte, fing nun Feuer, wurde ungeduldig und verlangte, dass "Onkel Sam" sich nicht von einem kleinen und nicht sonderlich beleumdeten mittelamerikanischen Diktator auf der Nase herumtanzen lassen könne. Das ging so weit, bis endlich Trujillo, vor wenigen Tagen, selber eine Initiative ergriff, - und was bis dahin Drama war, wurde nun Satyre.

Trujillo engagierte sich nämlich eine New Yorker Public-Relations-Firma, eine Untersuchung des Falles Galindez-Murphy anzustellen, und versprach dafür ein Honorar von immerhin 160 000 Dollar "plus Unkosten"; diese Public-Relationsfirma hatte vorher jahrelang die Propaganda-

interessen der Demokratischen Partei der Stadt New York wahrgenommen, was Trujillo als besonders geschickter Schachzug erscheinen musste; freilich setzte Gouverneur Harriman, der massgebliche demokratische Parteimann in New York, sogleich durch, dass dieser Reklameagent von seinem Posten in der Parteimaschine fristlos entlassen wurde.

In die Entrüstung der Öffentlichkeit über diesen ganzen Schildbürgerstreich mischte sich Heiterkeit. Ein mächtiger Diktator bezahlt einen Reklamewerbemann, eine Untersuchung gegen sich selber durchzuführen, - aber der Untersuchungsbericht wird nur veröffentlicht, wenn es dem Reklamemann oder seinem Auftraggeber passt! Sofort rückte alles, was Namen hatte, von diesem "Untersuchungsverfahren" ab. Ganz Amerika sieht in dem ganzen Schritt nur den Ausdruck des in die Enge getriebenen schlechten Gewissens Trujillos, und einen "Weisswasch-Versuch", der niemanden irreführt.

Soweit ist der Fall heute gediehen. Hinter seiner trockenen Aufzählung verbergen sich menschliche Dramen, politische Spannungen, diplomatische Konfliktmöglichkeiten und eine heute kochende Erregung in der amerikanischen Öffentlichkeit.

* * *

Das geht uns alle an

sp - Noch sind die Verbrechen, die in Salzgitter vor wenigen Monaten in gezielten Aktionen durch Umwerfen und Beschmutzen von Grabsteinen den jüdischen Friedhof schändeten, nicht gefasst und schon ist wieder eine neue Freveltat zu verzeichnen. Diesmal fällt auf den Ort Baedorf im unterfränkischen Landkreis Königshofen der traurige Ruhm, die Stätte der letzten Grabmalerschändung zu sein. Dort wurden "in der letzten Zeit" 45 Grabsteine von ihren Sockeln gestürzt und beschädigt. Die dem Polizeibericht entnommene Formulierung "in der letzten Zeit" lässt nicht auf eine einmalige, sondern auf eine Reihe fortgesetzter Schändungen schliessen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei blieben, wie auch im Falle Salzgitter, bisher erfolglos.

Es drängt sich die Frage auf, was ist mit unserer Polizei los? Im Falle Salzgitter wurde die Öffentlichkeit mit der Mitteilung überrascht, eine Sondergruppe des Bundeskriminalamtes sei zur Ermittlung der Täter gebildet worden. Das war gut so. Die Bildung dieser Sondergruppe liegt immerhin schon einige Zeit zurück, von einem Erfolg ihrer Tätigkeit ist jedoch nichts zu sehen und zu hören. Ist es denn wirklich so schwer, diese Vandalen zu fassen? Bekht es gar am notwendigen Eifer bei den Nachforschungen?

Grabmalerschändungen an den Weihestätten unserer jüdischen Mitbürger schlagen jedem anständigen Deutschen ins Gesicht. Jeder um die Zukunft unseres Volkes bedachte Deutsche sollte sich bei der Ausfindigmachung dieser Verbrecher zur Mitwirkung aufgerufen fühlen. Wenn irgendwo, dann gilt es gerade hier: Wehret den Anfängern. Ein Versagen unserer Behörden ist nicht zu tolerieren. Jeder geschändete jüdische Grabstein auf deutschem Boden untergräbt das Vertrauen, das sich die junge deutsche Demokratie seit dem Zusammenbruch 1945 draussen erworben hat. Die demokratische Welt wird uns Deutsche auf lange Sicht gesehen nicht nach unserer Fähigkeit zur Produktion von Wirtschaftswundern beurteilen, sondern nach unserem Willen, die Schatten der Jahre von 1933-45 für immer zu bannen. Die Urheber jüdischer Grabmalerschändungen bekunden den Unglücksgeist jener dunklen Zeit; sie müssen gefasst werden, damit sie die volle Strafe des Gesetzes treffe.

* * *

Warum nicht auch für Deutschland?

sp- Wo es der kommunistischen SED opportun erscheint, bekennt sie sich als leidenschaftliche Vertreterin des Prinzips freier Wahlen - für den südostasiatischen Staat Vietnam etwa, der mit Deutschland das traurige Schicksal der Spaltung gemeinsam hat. So beschuldigt sie in dem Abschlusskommuniqué über die Pankower Besprechungen mit dem nordvietnamesischen Staatspräsidenten Ho Chi Minh die Vereinigten Staaten, die Wiederherstellung der Einheit Vietnams durch die Verweigerung von freien Wahlen zu sabotieren. Das ist nicht einmal ein absurder Vorwurf. Er hat den Vorzug, dass er stimmt.

Die Westmächte sind gegen die Abhaltung freier Wahlen in ganz Vietnam, obwohl sie sich in dem Genfer Abkommen von 1954, das das Ende der französischen Herrschaft besiegelte, aber auch die Teilung in einen Nord- und Südstaat nach koreanischem Vorbild brachte, ausdrücklich zu ihr bekannten. Sie sollten zwei Jahre später, also 1956, stattfinden. In einem Schreiben an die damaligen Vorsitzenden der Genfer Konferenz, den Aussenministern Grossbritanniens und der Sowjetunion, drängte nur der nordvietnamesische Aussenminister auf die Einhaltung dieser Verpflichtung. Freie Wahlen sollen über die Wiedervereinigung beider Staaten entscheiden. Südvietnam, der von den USA und Grossbritannien geschützte Staat, zeigt jedoch nicht die geringste Lust, freie Wahlen abzuhalten; für seine Regierung wären diese ein Risiko. Aus eben diesem Grunde verlangen sie die Kommunisten. Sie könnten nur dabei gewinnen und ihren Herrschaftsbereich auf das ganze Land ausdehnen.

Genau das fürchten die Westmächte. Grossbritannien als einer der Unterzeichner des Genfer Übereinkommens macht keine Anstalten, die vertragsbrüchige südvietnamesische Regierung zur Ordnung zu rufen. Es stellt sich taub gegen die Klagen von Hanoi, der Hauptstadt Nordvietnams. Es duldet ohne Widerspruch die Verhaftung von Südvietnamesen, die auf der Einhaltung freier Wahlen bestehen. Die Verhaftungen geschehen im klaren Widerspruch zu den Genfer Vereinbarungen, ebenso die Unterdrückung der Presse und das Verbot jeder, der Regierung nicht genehmen politischen Tätigkeit. Die vietnamesischen Kommunisten nützen das Verhalten der Westmächte propagandistisch aus, sie beschuldigen sie des Vertragsbruchs und der Heuchelei.

Gewiss handeln die Westmächte nicht klug, indem sie in diesem Teil der Erde ein Prinzip verleugnen, dessen Einhaltung sie als unerlässlich für die Lösung der deutschen Frage halten - eben den Grundsatz freier Wahlen. Aber den deutschen Kommunisten steht es sicherlich nicht zu, hier die Rolle des Anklägers zu spielen. Was sie für Vietnam empfehlen, verweigern sie ganz Deutschland. Für die Kommunisten gibt es freie Wahlen nur dann, wenn sie politische Vorteile bringen, sie werden aber wie die Pest gemieden, wenn sie mit Sicherheit den Verlust der eigenen Position bedeuten.

Umfassendes Kontaktprogramm für den Westen

E.Z-Berlin Ende Juli

Zu den Versuchen Pankows, auch gegenüber der westlichen Welt repräsentativ zu erscheinen, gehören neben wirtschaftspolitischen Anstrengungen in der Forcierung des Aussenhandels seit einiger Zeit auch kulturpolitische Vorstösse. Die Eröffnung eines eigenen Kulturhauses in Rodow war nur ein Anfang. In grösserem Umfang will man jetzt offenbar auch auf dem Gebiet des Films Kontakte zum Westen suchen. Seit den West-Berliner Filmfestspielen sind in Ostberlin Pläne entstanden, die über diese Schleuse Pankows Einfluss unter den westlichen Völkern sichern sollen.

Bereits während der Berlinale liess man in Ostberlin nichts unversucht, die im westlichen Teil der Stadt anwesenden westlichen Filmkünstler zu kofieren. Während in Westberlin die Festspielaufführungen liefen, veranstaltete die sowjetzonale Film-Monopol-Gesellschaft der DEFA täglich Empfänge für die Westberliner Gäste, bei denen Pankower Filme vorgeführt wurden. Höhepunkt dieser Versuche war eine Einladung nach der alten UFA-Filmstadt Babelsberg, wo heute die kommunistische DEFA ihr Domizil aufgeschlagen hat. Grenzübermittlungsschwierigkeiten für diese kofierten Gäste aus dem Westen bestanden nicht, obwohl Babelsberg bereits in der Zone liegt.

Was man den aus Westberlin nach dem Osten herübergelockten Film-Experten vorsetzte, sollte sie von der Ernsthaftigkeit des filmkünstlerischen Schaffens unter den Fittichen Pankows überzeugen. Mit den Ateliers von Babelsberg konnten den Gästen technische Einrichtungen vorgeführt werden, wie sie in Westberlin und auch in der Bundesrepublik in ihrer Gröszügigkeit kaum vorhanden sind. Die einst vorbildliche UFA-Stadt Babelsberg ist heute weitgehend wieder aufgebaut. Man liess sich selbstverständlich auch die Chance nicht entgehen, mit dem Hinweis darauf, dass für viele westdeutschen Filme aus geschäftlichen Gründen nicht mehr als 20, für die Pankower Filme jedoch durchschnittlich 50 bis 70 Drehtage zur Verfügung stehen, die "Vorteile" der kommunistischen staatlichen Filmproduktion gegenüber den "kapitalistischen" Filmproduktionsfirmen auszuspielen. Die Propagandisten Pankows wussten genau, dass sie damit an eine sehr wunde Stelle des westlichen Filmmanagements und des gesamten Bundesrepublikanischen Filmbetriebs rühren konnten.

Der Höhepunkt dieser Pankower Kontaktversuche soll aber offenbar

P/XII/172

31. Juli 1957

die für den Monat Oktober geplante Ostberliner Filmwoche werden, auf der, in Parallele zu den Westberliner Filmfestspielen, auch Filme aus westeuropäischen Ländern gezeigt werden sollen. Letztes Ziel dieser Ostberliner Kontaktbemühungen ist offensichtlich das Bestreben, gerade auf dem Gebiet des Films, der ja die breite Volksmasse jedes Landes anspricht, politisches Kapital für Pankow herauszuschlagen. Man ist in Ostberlin bestrebt, die eigenen Filme im westlichen Ausland abzusetzen und in einigen Fällen auch zu einer Koproduktion zu kommen. Mit den Forderungen nach strengster kommunistischer Parteilichkeit lässt sich dies freilich nicht vereinbaren. So ist die Ostberliner DEFA mit höchster Genehmigung dazu übergegangen, in ihrem Produktionsprogramm für 1957 erstmalig ausgesprochen unpolitische Filmthemen zu behandeln, um auf diese Weise überhaupt die Voraussetzungen für eine Exportmöglichkeit auf diesem Gebiet zu schaffen. Ergänzt wird dieses Kontaktprogramm für den Westen durch Filmthemen wie "Rivalen an Steuer", "Der Richter von Zalamea" (nach Calderon) und "Emilia Galotti" (nach Lessing). Mit diesem Film-Exportprogramm hofft Pankow, die Widerstände gegen die Anerkennung des Sowjetzonenstaates zu beseitigen; man ist in diesem Zusammenhang besonders stolz darauf, dass vor kurzen bereits drei DEFA-Filme von England abgenommen worden sind.

Noch vorteilhafter scheint Pankow freilich die Möglichkeit der Koproduktion mit Produktionsfirmen des westlichen Auslandes zu sein. Mit französischen und schwedischen Firmen ist die kommunistische DEFA bereits zum Zuge gekommen. Jetzt setzt Pankow auch alles daran, die finanziellen Kalamitäten westdeutscher Produktionsfirmen für sich auszuschlachten. Es wurden bereits Angebote von Ostberliner Seite gemacht, finanziell schwache Filmpläne westdeutscher und westberliner Firmen durch eine gestärkte Mitfinanzierung zu stützen. Strohmänner im deutschen Westen, aber auch im Ausland stehen dafür anscheinend zur Verfügung.

Die von Pankow geplante und bereits weitgehend vorbereitete Film-Offensive, die rein politisch-propagandistische Zwecke verfolgt, kann also verhängnisvoller werden, als die Bundesregierung bisher nichts getan hat, um die Mißstände im westdeutschen Filmschaffen zu beseitigen. Bonn begnügte sich bisher lediglich mit dem Verbot einer west-östlichen deutschen Koproduktion.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel